# Antrag der Jusos Delmenhorst und des UB Delmenhorst zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Die Jusos Delmenhorst und der UB Delmenhorst fordern die schrittweise Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe des dynamischen Existenzminimums von 619€ (2018), bestehend aus dem sächlichen Existenzminimum (399 Euro) und dem Freibetrag für die Betreuung und Erziehung bzw. Ausbildung (BEA) (220 Euro). Dieser Betrag ist an die Stelle der bisherigen Einzelleistungen wie Kindergeld, Kinderfreibeträge etc. zu setzen.

Die bisher dafür vorhandene Bürokratie ist abzubauen.

Begründung:

Momentan ist jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut betroffen. Unser aktuelles duales System aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen hilft diesen Kindern nicht, weil z.B. den Kinderzuschlag zu wenige Familien bekommen. Er ist schwierig zu beantragen und hat sehr feste Einkommensgrenzen. Gut verdienende Familien werden durch Kinderfreibeträge mehr entlastet, als weniger gut verdienende und das Kindergeld wird SGB II beziehenden Familien auf die Grundsicherung angerechnet. Mit einer alle Bedarfe abdeckenden Kindergrundsicherung könnte endlich das diskriminierende Verwaltungsmonster ,,Bildungs- und Teilhabegesetzt“ ersatzlos wegfallen.

Nach dem Konzept des Bündnis Kindergrundsicherung DSGF e.V. würden durch die Einführung der Kindergrundsicherung insgesamt Kosten in Höhe von 108,9 Mrd. Euro, von denen ca. 100 Mrd. Euro durch den Wegfall der bisherigen Familienleistungen, den Rückfluss aus Steuereinnahmen und den Wegfall der Ehegattensplittung gegenfinanziert werden können, anfallen. Des Weiteren ist die Einführung der Kindergrundsicherung mit dem Wegfall von Bürokratiekosten verbunden, durch den Abbau der für die bisherigen Einzelleistungen zuständigen Behörden.. Außerdem sollten einigen negativen Auswirkungen von Armut auf Gesundheit, soziale Teilhabe und Bildung durch die Kindergrundsicherung entgegengewirkt werden, die momentan kostenintensiv bekämpft werden müssen.

Aber vor allem kämen Kinder aus den Bedarfsgemeinschaften nach Hartz IV heraus und müssten mit ihren Geldern aus der Kindergrundsicherung nicht mehr die Bedarfe ihrer Familie mit bedienen

Wir wollen sicherstellen, dass allen Kindern eine Gleichbehandlung zu Teil wird, damit alle Kinder gleiche Chancen auf Bildung und ein gutes Aufwachsen haben.